

Rat verabschiedet Finanzfahrplan 2019

Etat von breiter Mehrheit getragen

Von unserem Redaktionsmitglied PETER WILD

Warendorf (gl). Der Haushaltsplan 2019 steht. Mit einer deutlichen Mehrheit von CDU, SPD, FDP und Grünen ist der Finanzfahrplan für das kommende Jahr am Freitagabend im Rat verabschiedet worden. Lediglich die Freien Wähler (FWG) verweigerten Bürgermeister Axel Linke (CDU) die Zustimmung.

Der Stellenplan, der eine Personalaufstockung in der Stadtverwaltung vorsieht, wurde einstimmig durchgewinkt.

War bei der Vorstellung des Etatentwurfs vor zwei Monaten noch von einem Defizit ausgegangen worden, haben sich einerseits die Rahmenbedingungen verbessert, andererseits wurden bei den Beratungen durch die Fraktionen keine größeren Mehrausgaben beschlossen, sodass unter dem

Strich diesmal sogar eine schwarze Zahl (470 000 Euro) in der erwarteten Bilanz steht. Im Ergebnisplan werden Ausgaben von 89,89 Millionen Euro vorgesehen bei erwarteten Einnahmen von 90,44 Millionen Euro. Im Finanzplan werden 83,2 Millionen Euro Einzahlungen der laufenden Verwaltung erwartet und 80,9 Millionen Euro Auszahlungen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, die für neue Investitionen ausgegeben werden, wird auf 8,23 Millionen Euro begrenzt. Eine große Hausnummer ist der Betrag von 24,15 Millionen Euro an „Verpflichtungsermächtigungen“. Das ist die Summe, die absehbar in den Haushalten ab 2020 investiert werden muss, um Projekte, die bereits angelaufen sind oder 2019 neu in Angriff genommen werden, zu finanzieren. Die Steuersätze für Bewohner und Firmen (Grundsteuern und Gewerbesteuer) bleiben wie 2018.



Sparen oder investieren? Mit dem Haushalt 2019 und dem Investitionsplan für die Folgejahre hat die Ratsmehrheit gestern Abend die Weichen für mehr Investitionen, aber auch für mehr Verschuldung gestellt. Bild: Klose/dpa

Kommentar

Kurskorrektur und ungedeckter Scheck

Von unserem Redaktionsmitglied PETER WILD

Vier von fünf Ratsfraktionen tragen den Haushaltsplan 2019 mit, trotz teils erheblicher Bedenken im Detail. Das ist ein beachtliches Ergebnis für Bürgermeister Axel Linke. Die nach einer langen Phase der Entschuldungspolitik bereits in den letzten Jahren der Ägide von Jochen Walter eingeleitete Kurskorrektur zu mehr Investitionen bei günstiger Zinslage wird von Linke noch offensiver fortgesetzt. Dass er auch den Verwaltungsapparat deutlich aufgestockt hat, ist eine andere Auswirkung der Kurskorrektur, und weil jeder Euro nur einmal auszugeben ist, bindet mehr Personal auch mehr Geld. Der eigentliche Knackpunkt dieser Haushaltsdebatte aber ist die „Jamaika“-Entscheidung für ein neues Hallenbad. Dieser Merkposten im Etat ist ein noch ungedeckter Scheck.



Ralph Perlewitz, CDU-Sprecher

CDU: Investitionen couragiert, aber nicht waghalsig

Warendorf (pw). „Der Finanzplan ist vom Ergebnis positiv, die Zahlen sind schlüssig, die Investitionen sind ambitioniert und couragiert, aber nicht waghalsig“, ist der CDU-Fraktionssprecher Ralph Perlewitz zuversichtlich, dass Warendorf mit dem Haushalt 2019 in eine gute Zukunft geführt werde. Daher stimme die CDU dem Etat zu.

Strukturell werde der Haushalt 2019 mit einer schwarzen Zahl abschließen. Das liege an hohen Gewerbesteuerzahlungen einer erfolgreichen Wirtschaft, an einer kommunalfreundlichen Politik der CDU/FDP-Landesregierung, aber auch an der Lokalpolitik, indem unter anderem Syner-

gieeffekte durch interkommunale Zusammenarbeit genutzt würden. So habe die Übertragung der Aufgaben der Rechnungsprüfung an den Kreis zu einer Kostenreduzierung von 300 000 auf demnächst 150 000 Euro geführt, rechnete Perlewitz vor.

Indirekt verteidigte er auch noch einmal die Schließung des Lehrschwimmbads Freckenhorst. „Das Hallenbad-Angebot wird auf einen Standort konzentriert. Die Unterhaltung von Schwimmbädern ist derart kostspielig, dass es den Schwimmern zuzumuten ist, im Interesse der Steuerzahler einen weiteren Weg zum Hallenbad in Kauf zu nehmen.“

Gerade mit Blick auf die von ei-

nem „Jamaika“-Bündnis getragenen Entscheidung zum Neubau eines Hallenbads warf er vor allem der SPD, aber auch der FWG vor, dass diese „stets Politik gegen den Bürgermeister machen und weniger das Wohl der Stadt im Auge haben“.

Keine Entscheidungen zu treffen („Allen Wohl und niemandem Weh“) sei aber „keine Sachpolitik, sondern Populismus zulasten der Stadt“. In eine solche Richtung entwickle sich die SPD auch mit Blick auf den Bau der Umgehungsstraße B 64n. Jahrzehntelang habe sich auch die SPD für deren Bau eingesetzt, um jetzt, „zum Zeitpunkt der Realisierung plötzlich gegen das Projekt zu de-

monstrieren“. Perlewitz: „Dieses Kunststück bringt nur eine Partei fertig, die orientierungslos nach Wählerstimmen sucht.“

Die kommunalen Investitionen ausgerechnet in Zeiten der Bauhochkonjunktur könne man hinterfragen, sie seien aber jetzt notwendig, weil sie über viele Jahre vernachlässigt worden seien. Zudem würden sie durch das niedrige Zinsniveau begünstigt. Perlewitz nannte viele positive Beispiele, darunter die Investitionen in die Sportstätten-Infrastruktur (unter anderem Kunstrasenplätze und neue Sporthalle in Freckenhorst) und die zukunftsorientierte Ausweisung neuer Wohnbaugelände.

Zitate

„Wir wollten einen Bürgermeister, der tatkräftig unsere wichtigen zukunftsorientierten Projekte umsetzt. Seien wir froh, dass Axel Linke diesem Anspruch im vollen Umfang entspricht. Die Stagnation hat ein Ende.“

Ralph Perlewitz, CDU

„Gerade die CDU hat zu Zeiten von Jochen Walter immer zur Sparsamkeit gedrängt und jede halbe Stelle in der Verwaltung kritisch beäugt. Sich nun hinzustellen und die damals geradezu geforderte Sparsamkeit zu verurteilen, ist unangemessen, geschichtsvergessen und nur scheinbar für sie entlastend.“

Andrea Kleene-Erke, SPD

„Ein Nichtentscheiden und Rumgeiere führt zur Profillosigkeit aller Fraktionen und zum Abwandern unserer Bürger in die Nichtwählerschaft beziehungsweise in die offenen Arme der Populisten.“

Dr. Beate Janinhoff, FDP

„Nach der Entscheidung für einen Hallenbad-Neubau in fünf Jahren muss den Bürgern gesagt werden, was das, neben möglichen Steuererhöhungen, bedeutet: Ab heute wird nur noch das wirklich Nötigste getan, damit das jetzige Hallenbad betrieben werden kann.“

André Wenning, FWG

„Wir leben in politisch schwierigen Zeiten. Populismus und so genannte Fake News erleben eine Hochkonjunktur, und wenn ich einen Weihnachtswunsch äußern darf, dann dass wir als Fraktionen im Warendorfer Rat den respektvollen und wertschätzenden Umgang auf Augenhöhe weiter miteinander führen. In diesem Sinne wünsche ich uns weiterhin konstruktive Debatten.“

Jessica Wessels, Die Grünen

SPD beklagt Legendenbildung der CDU

Warendorf (pw). Die SPD habe sich angesichts zahlreicher Kritikpunkte nicht leicht getan, dem Haushalt zuzustimmen, sagte Fraktionssprecherin Andrea Kleene-Erke (Bild).



Unter dem Strich hätten aber „die vielen großen Investitionen, die auch wir für richtig halten“, den Ausschlag für das „Ja“ gegeben.

Es seien die guten finanziellen Rahmenbedingungen (sprudelnde Steuereinnahmen, verbesserte Kommunalfinanzierung durch den Bund), „die diesen Haushalt so gut aussehen lassen“. Auch der Ausweitung des Stellenplans stimme die SPD zu, aber: „Wir erwarten, dass damit das Chaos in der Bauverwaltung ein Ende hat.“ Den Bürgermeister wolle die SPD dafür in die Pflicht nehmen, denn: „Müde Begründungen, dass es nur an einer allge-

mein üblichen Fluktuation liege, treffen den Sachverhalt nicht.“

In manchen Detailscheidungen zum Haushalt sieht die SPD falsche Akzente gesetzt. Gerade mit Blick auf Diskussionen im Sozialausschuss beklagte Kleene-Erke „soziale Kälte“. Die Impulse in der Wohnungsbaupolitik seien im Prinzip gut, aber es dürfe nicht vergessen werden, dass es nicht nur Leute gebe, die sich den Bau eines Einfamilienhauses leisten wollten, „sondern auch junge Menschen mit geringem Einkommen, Rentner und Alleinerziehende, die dringend bezahlbaren Wohnraum suchen“.

Kleene-Erke beklagte in ihrer Haushaltsrede, dass die CDU versuche, „Legendenbildung“ zu betreiben, indem sie die sparsame Haushaltspolitik des früheren Bürgermeisters Jochen Walter schlecht rede. Die Gesamtverschuldung habe unter Walter um zehn Millionen Euro gesenkt werden können, was zu den heutigen Spielräumen beitrage. Die CDU und Bürgermeister Axel Linke

werden es bald geschafft haben, die Schulden wieder auf den Stand von vor 2010 zu erhöhen.“

Ihre Bedenken erneuerte die SPD-Sprecherin mit Blick auf den von CDU, Grünen und FDP beschlossenen Hallenbadneubau nicht vor 2023. Während für 2,4 Millionen Euro in Freckenhorst das Lehrschwimmbad hätte erneuert werden können, werde von „Jamaika“ nun ein Großprojekt am Standort im Schulviertel lediglich in Aussicht gestellt, ohne dass die Finanzierbarkeit abgesichert sei. Da über das Projekt letztlich der neue Rat erst in der nächsten Wahlperiode zu entscheiden habe, schiebe man das Erbe der heutigen Beschlussfassung und die Verantwortung für die Investition einfach weiter.

Dass Bürgermeister Linke bei der Sondersitzung nicht anwesend war und sich bei der Abstimmung im Rat enthielt, zeige, dass auch ihm anscheinend der Glaube fehle und ihm die Positionierung der eigenen Partei „schwach und bedenklich“ erscheine.



Die Schaffung von Wohnraum ist ein Hauptanliegen der Infrastrukturpolitik der Stadt Warendorf. Neue Baugebiete – im Bild das an der Kardinal-von-Galen-Straße, wo zurzeit die Erschließung läuft – sollen zur Linderung der Wohnungsnot, zu attraktiven Bedingungen für junge Familien und zum Zuzug von Neubürgern führen. Bild: Wild

Grüne: Mehr kann man sich immer wünschen

Warendorf (pw). „Mehr kann man sich immer wünschen, aber wichtige Projekte sind enthalten“, begründete Jessica Wessels (Bild), Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, warum ihre Fraktion dem Haushalt zustimme. Den Hinweis, dass die verbesserte Kommunalfinanzierung auch auf Beschlüssen der rot-grünen Vorgänger-Landesregierung beruhe, konnte sich Wessels nicht verkneifen. Unterm Strich sieht sie aber auch die „gute wirtschaftliche Lage“ in Warendorf als Grund, „einige dringend notwendige Investitionen“ anzugehen.



Noch mehr Engagement wünscht sie sich im sozialen Wohnungsbau. Auch beim Klimaschutz müssten „wir als Kommune selbst aktiv werden“. Überhaupt findet Wessels, dass gerade in sozialen Fragen keine gute Politik gemacht werde. Während im Sozialausschuss „um die kleins-

ten Summen erbittert gefeilscht“ werde, würden teils dieselben Politiker in anderen Fachbereichen „ungleich höhere Summen diskussionslos“ abnicken: „Dieses Ungleichgewicht muss aufhören, sonst ist der Sozialausschuss seinen Namen nicht wert.“

Den geplanten Bau einer B 64n lehnen die Grünen ab („ungeheurer Flächenfraß und drohende Enteignung landwirtschaftlicher Betriebe“), der Entwurf des Lärmaktionsplans sei „ein weiterer Hohn“. Stattdessen fordern die Grünen den Ausbau des Radwegenetzes und Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Den Verantwortlichen der chronisch unzuverlässigen Eurobahn solle auch die Stadt mal kräftig auf die Füße treten.

Den gemeinsam mit CDU und FDP eingefädelten Beschluss zum Neubau des Hallenbads verteidigte Wessels. Ein gutes Schwimmangebot sei Teil der Lebensqualität, und ein Neubau statt einer Sanierung der Altsubstanz sei wegen der baulichen und energetischen Standards die beste Lösung.

Haushalt abzulehnen wäre laut FDP irrwitzig

Warendorf (pw). „Diesen Haushalt abzulehnen, wäre irrwitzig“, sagte FDP-Fraktionschefin Dr. Beate Janinhoff (Bild), denn: „Auch wenn nicht alle Anträge im Rat positiv beschieden sind, sollte man nicht ‚klein-klein-denken‘, sondern dieser wohl durchkalkulierten und soliden Haushaltsplanung zustimmen.“



Dass Warendorf finanziell zurzeit so gut dastehe, sei vor allem der Wirtschaft, aber auch der Kommunalfinanzierung durch die CDU/FDP-Landesregierung zu verdanken. Die gute Finanzlage ermögliche es der Kommunalpolitik, „eine lebenswerte und liebenswerte Stadt zu schaffen“.

Die Entscheidungsfreude des „wunderbaren Jamaika“-Zweckbündnisses von CDU, Grünen und FDP pro Hallenbadneubau hob Janinhoff positiv hervor: „Die Bürger erwarten nicht ewiges Abwägen und das Hinzuziehen end-

loser neuer Gutachten von ihrem Steuergeld“. Auch „Arbeitskreise unter Begleitung kostenintensiver Unternehmensberatungen“ lehne die FDP ab. Ein Negativbeispiel in dieser Hinsicht sei das jahrelange Tauziehen um das Lehrschwimmbad Freckenhorst gewesen: „So eine Vorgehensweise führt zu Politikverdrossenheit bei den Wählern, aber auch bei den Gewählten.“

Der Haushalt stelle mit Blick auf die Investitionen der kommenden Jahre die richtigen Weichen. Als Beispiele nannte die Liberale neue Wohngebiete, den Bau von Kunstrasenplätzen in Müssingen und Hoetmar, einer neuen Sporthalle und den Umbau eines Vereinsheims in Freckenhorst.

Gleichwohl sei die Schuldenentwicklung – die Kreditaufnahme 2019 von 8,3 Millionen Euro liege um 50 Prozent höher als 2018 – kritisch im Auge zu behalten: „Trotz günstiger Zinslage und der Erwartung sprudelnder Einnahmen durch den Verkauf der städtischen Baugrundstücke sollten wir uns mäßigen.“

FWG gegen Etat: Das ist der pure Wahnsinn

Warendorf (pw). Dass die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft (FWG) dem Haushalt 2019 ihre Zustimmung verweigert, begründete deren Sprecher André Wenning (Bild) unter anderem mit den eingesetzten 150 000 Euro als erste Marge Planungskosten für einen von CDU, Grünen und FDP befürworteten Hallenbad-Neubau. Das sei „eine Schlüsselinvestition für zukünftig nicht kalkulierbare Ausgaben“.



Dass der Zuschuss für die Arbeit des Frauenhauses auf 10 000 Euro zu verdoppeln, von CDU und FDP abgelehnt worden war, hat ebenso dazu beigetragen. Das mache ihn sprachlos, wenn gleichzeitig mit einem sechsstelligen Betrag der Trägeranteil der katholischen Kirche für Kindergärten bezuschusst wird, sagte Wenning in seiner Etatrede.

Der von „Jamaika“ versprochene Hallenbad-Neubau in vier bis

sechs Jahren für die FWG, die lieber ein neues Lehrschwimmbad in Freckenhorst gebaut hätte, ein Knackpunkt: „Ein funktionierendes und instand gehaltenes Hallenbad abzureißen, ist Geldverschwendung. Und das alles ohne klares Konzept“ und mit möglichen Gesamtkosten von bis zu 20 Millionen Euro: „Das ist der pure Wahnsinn. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ so die rhetorische Frage Wenning an die Ratskollegen.

Die Mehrheit habe zunächst bürgerschaftliches Engagement des Fördervereins „Pro Bad“ zer schlagen, und nun solle Freckenhorst als „Trostpflaster“ ein Vereinsheim bekommen, kritisierte Wenning. Die FWG habe nichts gegen Vereinsheime, aber „das ist eine Provinzposse“. Es gebe auch andere Beispiele dafür, dass der Bürgermeister „das Geld mit vollen Händen ausgeben“ wolle und ihm „Maß und Mitte“ fehlten. Ob 175 000 Euro notwendig seien für den Bau einer Lagerhalle für Marienbögen, stelde der FWG-Mann in Frage. Zudem mahnte er die alte Forderung nach einem „Bürgerhaushalt“ an.